

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Verleger: Die Auer-Verlagsanstalt, Leipzig, Postfach 100. Preis: 20 Pfennige. Ausland: 30 Pfennige. Postgebühr: 10 Pfennige. Anzeigen: 10 Pfennige. Anzeigen: 10 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1999

Nr. 170

Sonntag, den 22. Juli 1928

23. Jahrgang

Ein gefälschter Brief und die Luftspionage-Affäre

Der Fall des verhafteten Regierungsbaumeisters Ewald Ludwig, gegen den der Verdacht der Luftspionage zugunsten Sowjetrußlands besteht, wird immer rätselhafter. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß der Brief, der Ludwig 14 Tage nach seiner Berliner Verhaftung in die Sowjetbotschaft rief, gefälscht worden ist.

Ludwig, der, wie berichtet, in den Jahren 1924 und 1925 für die Junkers-Werke in Moskau tätig war, hatte sich dann nach Stuttgart gewandt, wo er an der Technischen Hochschule sein Examen bestand. Er hatte schon damals die Absicht, später nach Rußland zurückzukehren und war mit einem Russen namens Alexandrowitsch in Verbindung getreten, der für die Sowjetbotschaft in Berlin tätig war. Die Beziehungen schloß er jedoch ein und Ludwig war sehr erstaunt, als er wenige Tage, nachdem er bei der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt tätig war, von Alexandrowitsch einen Brief an seine Berliner Adresse erhielt, in dem er aufgefordert wurde, in der russischen Botschaft vorzutreten, da möglicherweise eine Anstellung in Ruß-

land für ihn in Frage käme. Ludwig folgte der Aufforderung zwei Tage nach Empfang des Briefes und verlangte Alexandrowitsch zu sprechen. Der Portier der russischen Botschaft bedeutete ihm aber, daß Alexandrowitsch verreist sei, also diesen Brief gar nicht geschrieben haben könne.

Man ließ ihn einige Zeit warten, führte ihn dann in ein Zimmer, wo ein Herr, den Ludwig nicht kannte, ihn freundlich empfing und ihm den inzwischen gleichfalls verhafteten Scheibe vorstellte, der ihn angeblich nach Rußland begleiten sollte. Scheibe hat später Ludwig veranlaßt, Mitteilungen der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt ihm zu übermitteln.

Nachdem Ludwig während der vergangenen Tage mehrmals vernommen worden ist, wird er am Montag noch einmal ausführlich verhört werden. Für Donnerstag hat der Verteidiger Ludwigs, Rechtsanwalt Dr. Arthur Feld, Haftprüfungstermin beantragt, in dem über die weitere Haft Ludwigs entschieden werden solle. Ludwig bestreitet nach wie vor, sich in irgend einer Weise strafbar gemacht zu haben.

Freilassung der beschuldigten Münchener Eisenbahner.

München, 20. Juli. Gestern vormittag hat eine Gerichtskommission auf dem Münchener Hauptbahnhof einen Lokaltersmin abgehalten zwecks Besichtigung der Betriebsstätte I bei der Haderbrücke und der Blockstelle bei der Donnersberger Brücke sowie zur Aufnahme verschiedener Lichtbilder. Am Abend hat ein weiterer Lokaltersmin stattgefunden, um die Beobachtungsmöglichkeit auf den Stammzug zu prüfen, der bekanntlich auf den Vorläufer aufgefahren ist. Von der Reichsbahndirektion wurde dafür die gleiche Zugsgarnitur wie die des Stammzuges zur Verfügung gestellt. Mit diesem Zuge wurde von der Gerichtskommission die Beobachtungsmöglichkeit auf der Maschine geprüft und ein Bremsversuch im Anschluß daran vorgenommen. Bei dem Termin waren die drei angeklagten Stellwerksbeamten sowie der Lokomotivführer und Heizer des Stammzuges, gegen die die Voruntersuchung gleichfalls eröffnet worden ist, zugegen.

Auf Grund der Vernehmung der verhafteten Angeklagten und im Zusammenhang mit dem Lokaltersmin konnte die Aufhebung des Haftbefehls und die Freilassung der drei verhafteten Angeklagten noch gestern erfolgen, da eine Verdunkelungsgefahr nicht mehr besteht. Die Voruntersuchung gegen die Stellwerksbeamten sowie gegen den Lokomotivführer und Heizer des Stammzuges, wie auch die allgemeine Untersuchung zum Zweck vollständiger Aufklärung der Schuldfrage nimmt ihren Fortgang.

Neue Verhandlungen Reichsbahn—Regierung.

Zwischen der Reichsbahngesellschaft, dem Reichsfinanzministerium und dem Reichsverkehrsministerium finden mehreren Blättern zufolge seit einigen Tagen wieder Besprechungen über die Beschaffung neuer finanzieller Mittel für den Betriebs- und Beschaffungsfonds der Reichsbahn statt. Es handelt sich darum, festzustellen, ob die Mittel auf dem Anleiheweg oder durch Tarifserhöhung zweckmäßiger beschafft werden können. Diese Frage spiele auch bei Besprechungen zwischen den zuständigen Reichsstellen und dem Generalagenten eine gewisse Rolle.

Die nächste Kabinettsitzung.

Wie der „Germania“ zufolge verlautet, wird am Montag nächster Woche noch eine Kabinettsitzung stattfinden bei der voraussichtlich weit über die Finanzlage der Reichsbahn beraten wird.

Der Fall Kölling-Hoffmann.

Berlin, 20. Juli. Die neue Disziplinaruntersuchung gegen den Magdeburger Landgerichtsdirektor Hoffmann und den Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Kölling, der der große Disziplinarantrag des Kammergerichts zugleich mit dem Abbruch der ersten Hauptverhandlung anordnete, steht, wie die „Vossische Zeitung“ meldet, unmittelbar vor dem Abschluß. Aus den Vernehmungen, deren Einzelheiten im Interesse des weiteren Verfahrens nicht mitgeteilt werden, ergibt sich dem Blatt zufolge, daß die Feststellungen des Magdeburger Schwurgerichts, nach denen Haas in keiner Weise an der Ermordung des Buchhalters Helling beteiligt ist, sondern völlig unschuldig war, in keiner Weise erschüttert werden, sondern völlig bestätigt bleiben. Nach Beendigung der Magdeburger Ermittlungen hat Kammergerichtsrat Kölling in Berlin eine Anzahl weiterer Zeugen vernommen, in erster Linie den Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß, dessen Vernehmung besonders eingehend war, und den Kriminalkommissar Busdorf. Zwischen den Zeugen und dem Beschuldigten Hoffmann kam es häufig zu schweren Auseinandersetzungen, da der Beschuldigte die preussische Polizei immer von neuem anzugreifen suchte. Als letzter Zeuge wurde in dieser Sache der frühere Magdeburger Oberpräsident Hörsting gehört. Die Vernehmungen haben ergeben, daß die Behauptungen Köllings und Hoffmanns, die preussische Polizei sei dem Untersuchungsrichter bei der Aufklärung des Mordes in die Arme gefallen, völlig unzutreffend sind. Die neue Hauptverhandlung vor dem großen Disziplinarantrag wird möglichst nach Beendigung der Gerichtsferien stattfinden.

Zur Ermordung Obregons.

Mexiko, 20. Juli. Die Arbeiterpartei erklärt, keine Beziehungen zu dem Mörder Obregon zu haben und sagt ferner, sie sei bereit, dem Appell des Präsidenten zur Zusammenarbeit Folge zu leisten.

Die japanische Antwort zum Kellogg-Vorstoß.

Washington, 20. Juli. Die vom japanischen Außenminister unterzeichnete Antwortnote auf den Kellogg-Vorstoß wurde heute im Staatsdepartement überreicht und abends bekanntgegeben. Die japanische Note drückt die vorbehaltlose Zustimmung Japans zu dem Entwurf eines Kriegskriegspaktes aus und übermittelt zugleich die herzlichsten Glückwünsche der japanischen Regierung zu der raschen und allgemeinen Annahme, die der amerikanische Vorschlag gefunden habe. In der Note wird gesagt, daß die japanische Regierung stolz darauf sei, mit als erste mit dieser Bewegung verbunden zu sein, die in so hohem Einklang mit den überall gehegten Friedenshoffnungen stehe. Die Note betont die hohe Wahrscheinlichkeit der Annahme dieses einfachen und großartigen Vertrages seitens der gesamten zivilisierten Welt und enthält keinerlei Vorbehalte und keine weiteren Darlegungen der japanischen Auffassung. Nachdem nun die japanische Antwort eingegangen ist, steht nur noch die Antwort der Tschschowjowka aus.

Unterzeichnung des Kellogg-Paktes am 28. August!

Paris, 20. Juli. Havas meldet aus Washington: Aus guter Quelle verlautet, daß der Pakt zur Vermeidung des Krieges am 28. August in Paris unterzeichnet werden soll. Dieses Datum soll von Kellogg gewählt worden sein, der dem Vernehmen nach Mitte August nach Europa abreisen wird.

Tee zu Ehren der deutschen Sänger beim Gesandten Graf Lerchenfeld.

Wien, 20. Juli. Der deutsche Gesandte Graf Lerchenfeld begrüßte heute bei einem Tee in der Gesandtschaft die namhaftesten Teilnehmer am 10. Deutschen Sängerbundestest. Etwa 400 Sänger waren der Einladung gefolgt, darunter neben den Mitgliedern des Hauptvorstandes und des Wiener Ausschusses die Vorsitzenden der großen Wiener und der reichsdeutschen Gesangsvereine aus dem näheren und weiteren Auslande, so aus Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, aus Nord- und Südamerika und aus Hindhu. Viele von ihnen haben die einzige Urlaubzeit, die ihnen ihr Beruf gewährt, benützt, um trotz der mehrwöchigen Reise an dem Sängertest teilnehmen zu können. Eine große Freude war es für die treuen Auslandsdeutschen, bei dem Empfang auch den Reichsminister des Innern Severing anzutreffen, der sich mit jedem von ihnen eingehend unterhielt. Unter den Gästen des deutschen Gesandten bemerkte man ferner zahlreiche Bürgermeister deutscher Städte, sowie die Oberbürgermeister Vandmann von Frankfurt a. M., Linke-Hannover und Suppe-Rürnberg, sowie viele Sonderberichterstatter deutscher Zeitungen.

Unter den Ehrengästen bei der ersten Hauptauführung in der Sängerkirche heute mittag befanden sich vom diplomatischen Korps außer dem deutschen Gesandten Graf Lerchenfeld noch der türkische Außenminister, der sich gegenwärtig in Wien aufhält, ferner der spanische, der japanische, der argentinische Gesandte, der ungarische Geschäftsträger sowie ein Vertreter der bulgarischen Gesandtschaft.

Die Amnestie in Hamburg.

Wie der „Voss. Bzg.“ aus Hamburg gemeldet wird, werden die Abgeordneten aus dem Urbahns-Prozess, der die Oktoberunruhen von 1923 zum Gegenstand hatte, unter die Amnestie fallen, die sich auch auf den kommunistischen Abgeordneten Thälmann auswirken wird, gegen den im Anschluß an den Urbahnsprozeß noch ein Strafverfahren anhängig ist. Den Hamburger Sprengstoffattentätern, die zum Teil mit schweren Zuchthausstrafen belegt sind, wird die Amnestie ebenfalls zugute kommen.

Lohnerhöhungen in der weiterverarbeitenden Industrie.

Ratowitz, 20. Juli. Gestern fanden zwischen den Arbeitsgemeinschaften der Gewerkschaften sowie Vertretern der weiterverarbeitenden Industrie Lohnverhandlungen statt, die das Ergebnis hatten, daß die Tariflöhne der Tabelle vom 1. Oktober 1927 sich mit Wirkung vom 1. Juli 1928 ab um 6 Prozent erhöhen. Um den gleichen Prozentsatz erhöhen sich die Löhne. Auslöschungssätze für Monteurs, die Verantwortung und die Vorarbeiterzulagen. Das Abkommen ist mit 14tägiger Frist jeweils am Monatsende kündbar.

Erhöhung der Getreide-Einkaufspreise in Rußland.

Moskau, 20. Juli. Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion hat eine Verfügung über die Durchführung der Getreideeinkäufe in laufenden Jahren erlassen, die jegliche Anwendung außerordentlicher Maßnahmen verbietet und Erhöhungen der Getreideeinkaufspreise von 10 bis 20 Kopelen für ein Pud vorsieht. Weiter wird das Handelskommissariat verpflichtet, die rechtzeitige Versorgung der Bauernschaft mit Industriewaren sicherzustellen.

Die Verfassungsänderung in Ägypten.

Kairo, 20. Juli. In dem Schreiben des Ministeriums an den König heißt es, das parlamentarische Regime sei ein Instrument der Unterdrückung und des Despotismus in den Händen einer kleinen Gruppe geworden, die von einer Mehrheit unterstützt wird, die zu schmeicheln und zu befriedigen sie gezwungen ist. Das parlamentarische Regime ist unschlagbar geworden, Reformen durchzuführen. Das Kabinett fand keine Alternative, als sich darauf zu konzentrieren, das Land von diesen Parteiklassen zu befreien. Da das Parlament in seiner gegenwärtigen Form für die Erreichung einer normalen Lage nicht begünstigt, die von dem Lande so herzlich erwünscht wird, darf es kein Hindernis zur Erreichung dieses Zieles darstellen. Das Ministerium hielt es daher für unumgänglich, daß beide Kammern aufgelöst und die Wahlen bis zu dem Zeitpunkt vertagt werden, zu dem man hoffen darf, daß sich die Nation in ihrer wahren Ansicht äußert. Das Ministerium hielt es außerdem für notwendig, das Wahlgesetz zu revidieren. Das parlamentarische Regime und die Verantwortlichkeit des Ministeriums werde jedoch unter keinen Umständen durch die vorgeschlagenen Veränderungen an der Verfassung einen Wechsel erfahren. — Das Schreiben erwähnt die Notwendigkeit der Errichtung eines stabilen Regimes, um die Einheit im Lande wieder herzustellen und um das Land zu befähigen.

Kairo, 20. Juli. Die Tore des Parlamentsgebäudes wurden heute vormittag von der Polizei versiegelt. Wachen stehen vor dem Gebäude. Es herrscht Ruhe.